



Frau Merkel kommt aus dem Osten und hat es zur Kanzlerin gebracht. Als letzten Frühling ein paar Tausend Ossis auf die Strasse gingen, um gegen die Überfremdung zu protestieren, sprach sie Klartext: «Pöbel. Es ist noch nicht lange her, da waren wir vom Osten selber die Fremden. Und uns wurde geholfen.» Später stellte sich heraus, dass der Anführer der Proteste direkt aus dem Knast kam. Punkt. Aus. Ende der Sendung. In Deutschland machen die Rechten bei den Wahlen keine fünf Prozent.

Die Deutschen: So geil

Auch jetzt, wo Deutschland zu Zehntausenden von Fremden heimgesucht wird, nennt Frau Merkel die Ankömmlinge beim Namen: «Ihr seid Kriegsflüchtlinge. Euch muss geholfen werden. Herzlich willkommen.» Und ihren Landsleuten macht sie Mut: «Liebe Bürgerinnen und Bürger. Es wird anstrengend. Aber wir schaffen das.»

Wissen Sie, was mich an unserer Schweizer Politik so nervt? Dass hier keiner sagt, was Sache ist. Die Rechten geben nicht zu, dass sie rechts sind. Sie gehen nicht auf die Strasse. Sie tarnen ihre Gesinnung mit Patriotismus. Sie sprechen vom Volk und meinen sich selber. Auf ihrer politischen Leier spielen sie die immer gleiche Moll-Töne: «Alles Alte ist gut. Alles Neue zerstört den Wohlstand.» Es ist das Lied der Angst. Die Millionen flüchtender Frauen, Kinder und Familienväter stempeln sie zu «Wirtschaftsflüchtlingen», die uns an die Wäsche wollen. Die Leichen im Mittelmeer quittieren sie mit Schweigen oder einem Twitter: «Die Fachkräfte kommen.» Den Überlebenden hängen sie Plakate um mit fiesem Zeichnungen von miesen Künstlern. Wo immer sie den Mund aufmachen, stinkt Menschenverachtung heraus.

Unterdessen schweigt die Regierung. Erstens, weil hier grad Wahlen sind. Zweitens: Wer schweigt, kriegt keinen Streit. Doch nur in dieser atemberaubenden Stille ist es möglich, dass eine kleine Schar von Demagogen schon wieder die Wahlen gewinnt. Dass sich schon wieder dreissig Prozent der Bevölkerung ins Museum Eidgenossenschaft einsperren lassen, wo die Schweiz nicht mehr stattfindet und wo nicht mal abgestaubt wird. Ein Drittel unserer Bevölkerung wird diesen Demagogen die Stimme geben, weil keine Kanzlerin das klarstellt. Wie sagte die Merkel doch neulich: «Ich könnte nicht Politikerin sein, wenn mir das Schweigen lieber wäre als das Reden.»

Andreas Aebi

Für eine soziale und fortschrittliche Schweiz

Rechtsrutsch verhindern!

Links, Mitte, rechts? Oder lieber eine Kombination? Mitte-links, Mitte-rechts? Diese Bilder für politische Haltungen sind allen, die beim Zeitungslernen die entsprechenden Seiten nicht überspringen, vertraut. Im Alltag wie in der Politik handelt es sich um Richtungen, folglich ist der Begriff «Richtungswahlen» im Blick auf den 18. Oktober im Trend. Wohin wird die Mehrheit der an diesem Wochenende Gewählten unser Land führen? Ist Rentenalter 67 tatsächlich vom Tisch? Wie weiter mit der Energiewende? Wird die SVP nach der kürzlichen Niederlage bei der Asylgesetzrevision das Blatt wieder wenden? Drei Fragen aus drei gewichtigen Themenbereichen, mit welchen sich Bundesrat, Parlament und Öffentlichkeit während der nächsten Legislatur befassen werden. Angesichts der immer älter werdenden Bevölkerung ist die bereits in Gang gesetzte Reform der

Altersvorsorge

von besonderer Bedeutung, handelt es sich doch um die bedeutendste Revision seit Jahren. Zuerst haben das Departement von Bundesrat Alain Berset und die Sozialkommission des Ständerates die Richtung gewiesen: Kein Rentenalter 67, aber Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65. Bei der beruflichen Vorsorge Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8 auf 6%. Dieser Reduktion der Pensionskassenrenten steht aber die Erhöhung der AHV-Renten um monatlich 70 Franken für Einzelpersonen und bis zu 226 Franken für Ehepaare gegenüber. Die Stärkung und die finanzielle Sicherstellung der AHV ist für Sozialdemokraten und Gewerkschaften seit jeher eine Herzensangelegenheit. Erfreulich darum, dass der Ständerat während der Herbstsession der Vorlage in allen wichtigen Punkten gefolgt ist, ein Erfolg damit für Mitte-Links. Später wird das Geschäft im Nationalrat behandelt. Dort hängt die Bestätigung auch von den Wahlergebnissen dieses Herbstes ab. Eine Stärkung der Rechten würde bestimmt diese Entscheide, die auf einem ausgewogenen Kompromiss beruhen, gefährden.

Atomausstieg

Vor einem Jahr wurde uns Langnauerinnen und Langnauern eine Packung Jodtabletten zugestellt, denn wir leben im 50-km-Umkreis eines Atomkraftwerkes, das heisst in dem von Mühleberg und möglicherweise auch dem von Gösgen. Freundlicherweise wurde uns von offizieller Seite ungeschminkt mitgeteilt, dass ein Unfall in einem schweizerischen Atomkraftwerk nicht auszuschliessen sei. Diese Aussage wird unterstrichen durch die Tatsache, dass der schweizerische Atompark der weltweit älteste ist. Beznau 1 ist mit 47 Jahren sogar das älteste Atomkraftwerk überhaupt, Beznau 2 und Mühleberg sind nur wenig jünger. Das hat nun aber die bürgerliche AKW-Lobbyisten im Nationalrat nicht daran gehindert, ihren Einfluss so geltend zu machen, dass trotz der durch eine Mitte-links-Koalition durchgesetzten Energiewende die Stilllegung der AKW-Greise im Aargau erst in 15

Jahren zu vollziehen sei. Getrübte Hoffnung also. Positives ist immerhin von der BKW zu erfahren: Das AKW Mühleberg liefert ab 2019 keinen Strom mehr. Ob wir dann die Jodtabletten entsorgen können?

Eine offene, humanitäre Schweiz

Während des 1. Weltkrieges hielten sich zahlreiche politisch Verfolgte in unserem Land auf, historisch von Bedeutung war der Asylaufenthalt des russischen bolschewistischen Parteiführers Lenin. Im 2. Weltkrieg sperrte der Bundesrat die Landesgrenze gegen jüdische Flüchtlinge und lieferte sie so ihrem sicheren Tod in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern aus. 1970 riss eine Überfremdungsinitiative des Rechtspopulisten James Schwarzenbach, die sich gegen die in der Schweiz arbeitenden Italiener richtete, tiefe Gräben auf. Nur eine knappe Mehrheit verhinderte, dass 300'000 Italiener ausgewiesen werden mussten. Flüchtlinge aus Ungarn im Jahr 1956, aus dem Tibet, Vietnam und der Tschechoslowakei waren andererseits bereits früher vorbehaltlos Willkommen geheissen worden. Das Ideal einer humanitären Schweiz, wie es Sonntagspolitiker gerne predigen, hat so nie gestimmt. Stets herrschte ein enormes Spannungsfeld, und immer war auch Rassismus im Spiel. Die Situation hat sich heute angesichts der Flüchtlingsströme aus Afrika und dem Nahen Osten verschärft. Unterwegs sind Menschen, und nicht Zahlen und Statistiken, Einzelpersonen, Familien mit Kindern, die sich aus einer auswegslosen elenden Lage zu befreien versuchen. Ihnen ist mindestens so weit Gehör zu schenken, dass sie ihre Fluchtgründe darlegen können. Viele werden bleiben. Unser Land als eines der reichsten Länder dieser Welt vermag das zu verkraften wie das während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien der Fall gewesen ist. Das gelingt dank zahlreichen hilfsbereiten Schweizerinnen und Schweizern und auch dem Einsatz von Politikerinnen und Politikern, welche die Fremden nicht verhöhnen oder ihren Grenzübertritt mit Zäunen oder der Kontrolle durch das Militär verunmöglichen wollen, sondern sich in ihrem Amt tatkräftig für humanitäre Lösungen einsetzen.

In welche Richtung?

Im Verlaufe des Sommers wurde die sozialdemokratische Bundesrätin durch den Präsidenten einer Bundesratspartei und den Chefredaktor einer Wochenzeitung wegen ihrer Asylpolitik niederträchtig lächerlich gemacht. Die an dieser Veranstaltung anwesenden Delegierten der SVP stimmten ihnen johlend zu. Was ist das für eine Schweiz! Gehen wir an die Urnen, geben wir anständig jenen die Stimme, die sich für eine offene und humanitäre Gesellschaft einsetzen, die zudem die Zukunft der Sozialwerke sichern und in der Energiefrage für einen möglichst raschen Atomausstieg plädieren. Die Richtung? Natürlich links, sozialdemokratisch.

Martin Jäggi

Weitere Hinweise und Dokumentationen:
www.sp.ch/Wahlplattform